



## **Homeoffice im öffentlichen Dienst: Chancen nutzen – Fehlentwicklungen abwenden**

03.02.2022

**Die Pandemie hat zu einem deutlichen Schub bei der technischen Ausstattung sowie der Nutzung von Homeoffice geführt. Gleichzeitig muss festgestellt werden: wir sind noch lange nicht am Ziel und es sind auch etliche Probleme im Zusammenhang mit Homeoffice sichtbar geworden. Unsere Einschätzung wird bestätigt durch den vorgelegten Evaluationsbericht zu flexiblen Arbeitsformen. „Deshalb muss konsequent an der Weiterentwicklung bestehender Vereinbarungen, rechtlicher Grundlagen und der praktischen Umsetzung gearbeitet werden“, so dbb Landesbundvorsitzender Kai Tellkamp.**

Der dbb sh hat unter Beteiligung der Frauenvertretung und der Landesjugendleitung eine Arbeitsgruppe gebildet, um genau diese Prozesse im Sinne der Beschäftigten voranzutreiben.

Es ist aus unserer Sicht unstrittig, dass das Angebot von Homeoffice einen wichtigen Beitrag leisten kann bei der Vereinbarung von Familie und Beruf und bei der Attraktivitätssteigerung der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst. Doch damit ist es nicht getan: Zuhause arbeiten und gleichzeitig Kinder betreuen funktioniert ebenso wenig wie die Personalgewinnung allein mit dem Argument der flexiblen Arbeit unter Beibehaltung zu hoher Arbeitszeiten und -belastungen.

Den Beschäftigten sollte die Berücksichtigung ihrer individuellen Vorstellungen ermöglicht und mehrere Formen der flexiblen Arbeit angeboten werden: Arbeit in den Dienststellen, Homeoffice und Coworking-Modelle.

Dabei ist davor zu warnen, voreilig Einsparungen durch Homeoffice einzukalkulieren, indem von einem geringeren Flächenbedarf ausgegangen wird. Denn es besteht ein erheblicher Investitionsrückstand in den meisten Dienststellen. Ein attraktives Arbeitsumfeld trägt maßgeblich dazu bei, dass sich die Beschäftigten wohl fühlen und gute Arbeit leisten. Schließlich müssen wir auch an die vielen Kolleginnen und Kollegen denken, die nicht im Homeoffice arbeiten können oder wollen. Eine Spaltung der Belegschaft darf nicht provoziert werden.

Wir haben diverse ergänzende Vorschläge zum Homeoffice entwickelt, die wir wie bisher gegenüber der Politik und in Erörterungen beziehungsweise Verhandlungen mit der Staatskanzlei vertreten. Dazu gehört neben vielen anderen eine dauerhafte und sachgerechte steuerliche Regelung. Unsere auch im Rahmen einer Landtagsanhörung eingebrachte Position wird sich nach Lage der Dinge in einer bundesgesetzlichen Initiative widerspiegeln.

dbb Info – Dienst